

Nach der griechischen Sage ist Cerberus ein dreiköpfiger Hund, der den Eingang zum Hades bewacht, wo die Toten wohnen. Noch nicht gänzlich ins Reich der Toten hinabgeglitten sind der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften als Besitzer von Gewerkschaftshäusern, insbesondere in Ostdeutschland. Doch dem Reich der Toten und der Unterwelt kommen sie mit dem am 18. Dezember 2006 trotz aller Proteste vollzogenen Verkauf von acht Gewerkschaftshäusern an die *Finanzanlagen-(private-equity)Gesellschaft Cerberus* schon beträchtlich nahe.



Von **MARTIN LESCH**

Und zwar in mehrfacher Hinsicht: Die Gewerkschaftsführung setzt sich mit diesem Immobiliendeal brutal über den von vielen Gewerkschaftsmitgliedern klar und deutlich artikulierten und politisch nur zu begründeten Willen hinweg, Herren in ihren Häusern zu bleiben. Hier offenbart sich eine zunehmende Entfremdung zwischen den Gewerkschaftsoberen und ihrer Basis, deren Beibehaltung schwere Lähmungserscheinungen bis hin zum politischen Ableben bewirken kann. Auch dass man die Gewerkschaftshäuser ausgerechnet an ein von Herrn Müntefering wahlkampfbedingt als „Heuschrecken“ bezeichnetes Unternehmen veräußerte, dürfte bei einigen Gewerkschaftsmitgliedern die Wut nicht gerade mindern. Noch schädlicher ist jedoch das praktizierte Schweigen über die wirtschaftlichen Hintergründe des Verkaufs.

Warum kam es zum Verkauf der Gewerkschaftshäuser?

2005 geriet die damals dem Beamtenheimstättenwerk (BHW) und der gewerkschaftlichen Beteiligungsgesellschaft (BGAG) gehörende Allgemeine Hypothekbank Rheinboden AG (AHBR) aufgrund platzender Immobilienspekulationsgeschäfte heftig ins Schlingern. Die Bonner Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sah sich veranlasst, die AHBR zu schließen, wenn deren Eigentümer nicht beträchtliche Summen Eigenkapital nachschießen würden. Die BGAG und das (damals zu 50 Prozent ebenfalls der BGAG gehörende) BHW mussten fast 2 Mrd. Euro in die AHBR nachschießen, um die Schließung zu vermeiden. Am 8. Dezember 2005 wurden dann mit einer Mitgift von über 800 Mio. Euro 87,9 Prozent der AHBR-Aktien an die US-amerikanische private-equity-Gesellschaft *Lone Star* abgegeben. Die Gesellschafter der BGAG, der DGB und die Einzelgewerkschaften, mussten ihrerseits Hunderte von Millionen

Euro aufbringen, um den Kollaps der BGAG zu vermeiden. Mit dem Verkauf der Gewerkschaftshäuser und anderer gewerblicher Immobilien versuchen DGB und BGAG, die riesigen Löcher, die das AHBR-Debakel in den Gewerkschaftskassen hervorgerufen hat, notdürftig zu stopfen. Mit welchen Abfindungen die für die Milliardenpleite verantwortlichen früheren AHBR-Manager verabschiedet wurden, ist bisher nicht bekannt. Auch wurde bisher nichts bekannt, ob und welche Konsequenzen dieser Finanzskandal für die von der BGAG, dem DGB und einigen Einzelgewerkschaften gestellten Aufsichtsratsmitglieder der AHBR hatte bzw. hat. Deren Kontrollpflichten scheinen, wie noch aus der Zeit des Neue-Heimat-Skandals erinnerlich, wohl überwiegend nach Art der berühmten drei Affen gehandhabt worden zu sein. Solange sich die wütende Basis gemeinsam mit regionalen Spitzengewerkschaftern darauf beschränkt, die „politisch unsensiblen“ DGB- und BGAG-Oberen wegen des Verkaufs der Gewerkschaftshäuser – berechtigterweise – zu kritisieren, sich dabei aber kaum für die wirtschaftlichen Hintergründe des Schlammessels zu interessieren scheint, geschweige denn personelle und strukturelle Konsequenzen für die Aufsichtsräte zu fordern und durchzusetzen, solange bleibt zu befürchten, dass weiterhin millionenfach Mitgliederbeiträge versenkt werden können und die dafür direkt und indirekt Ver-

antwortlichen unbehelligt bleiben.

Gewerkschaften als Arbeitgeber – und die Tarifautonomie?

Die deutschen Gewerkschaften, ihre Tochterunternehmen und der DGB haben derzeit noch ca. 10 000 Angestellte. Deren kollektive Arbeitsbedingungen werden jedoch nicht, wie es die Gewerkschaften von allen anderen Betrieben und Verwaltungen völlig zu Recht fordern, in Tarifverträgen ausgehandelt und geregelt. Die Gewerkschaften als Arbeitgeber ziehen es in ihren eigenen Betrieben vor, mit den bekanntlich nicht zu Arbeitskämpfmaßnahmen befugten Betriebsräten die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaftsbeschäftigten in Betriebsvereinbarungen zu regeln. Mit derart zahlosen Tigern ist es natürlich wesentlich leichter, den Willen der Gewerkschaftsarbeitgeber durchzusetzen, und so ist nicht verwunderlich, dass die innergewerkschaftlichen Gehaltsrunden zumeist ganz in der Nähe dessen enden, was die Gewerkschaftsarbeitgeber zu deren Beginn geboten oder gefordert hatten. Bei der Gewerkschaft ver.di bedeutet dies, dass seit deren Gründung (Juli 2001) bis heute keine tabellenwirksame Gehaltserhöhung für die Beschäftigten erreicht wurde. Und dies, obwohl die ver.di-Wahlangelegten (ca. 80 Bundesvorstands- und Landesleitungsmitglieder) sich schon im September

2001 fulminante Gehaltserhöhungen zwischen 61 und 100 Prozent im zuständigen ehrenamtlichen Gremium, dem Gewerkschaftsrat, hatten abknicken lassen. Verhandlungen über kollektive Arbeitsbedingungen, die nicht auf gleicher Augenhöhe stattfinden, wenn die Arbeitnehmerseite nicht arbeitskampfberechtigt ist, hat das Bundesarbeitsgericht treffend als „kollektive Bettelei“ bezeichnet. Die kollektive Bettelei in den Gewerkschaftsbetrieben wirkt sich jedoch nicht nur negativ im Bezug auf die Einkommensentwicklung und das Selbstbewusstsein der Gewerkschaftsbeschäftigten aus. Viel problematischer ist, dass die Gewerkschaftsführungen ein Paradebeispiel für die von den Neoliberalen immer wieder geforderten „betrieblichen Bündnisse“ abgeben. Das, was z. B. die Herren Westerwelle, Hundt, Wulff und Frau Merkel fordern, nämlich die definitive Entmachtung der Gewerkschaften als autonome und arbeitskampfberechtigte Tarifvertragsparteien durch die Übertragung ihrer wichtigsten Aufgabe, der Tarifpolitik, auf die nicht zum Arbeitskampf berechtigten Betriebsräte, das praktizieren sie im eigenen Hause nunmehr schon seit über 50 Jahren. Obwohl es seit 1994 mit dem Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) eine tarifwillige Koalition in den Gewerkschaftsbetrieben gibt, weigern sich die Gewerkschaftsarbeitgeber, mit ihm in Tarifverhandlungen zu treten. In ihren Betriebsräten finden sie willige Erfüllungshelfern, diesen Verband klein und schwach zu halten; der Betriebsrat von ver.di Sachsen z.B. verwehrt externen VGB-Beauftragten den Zutritt zu Betriebsversammlungen. Und da viele Gewerkschaftsbeschäftigte Angst um ihre aufgrund stagnierender oder sinkender Beitragseinnahmen gefährdeten Arbeitsplätze haben, unterlassen sie in den Gewerkschaftsbetrieben lieber das, was die Gewerkschaftssekretäre „draußen“ den Beschäftigten in den anderen Betrieben und Verwaltungen predigen: Organisiert Euch, wehrt Euch gemeinsam ...

Unser Autor ist als Gewerkschaftssekretär bei ver.di in Leipzig beschäftigt. Infos zum Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB): www.derVGB.de



GEFUNDEN UND ZITIERT

Eine Goodwilltour an die New Yorker Wall Street absolvierte Bundeskanzler Schröder, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, vor der Verabschiedung von Hartz IV. "Es gibt ein großes Interesse in den Vereinigten Staaten an der Agenda 2010", erklärte Schröder im November 2003 nach einem Treffen mit Vertretern führender US-Banken. Zuvor hatte er eine Laudatio auf Sanford Weill gehalten: Der Chef der Citigroup bekam den "Global Leadership Award". Schröder, der - wie das Handelsblatt weiß - vor einem Rückflug aus New York "schnell mal in der Privatwohnung des mächtigsten Bankers der Welt speist", lobte den Preisträger und freundlichen Gastgeber enthusiastisch: „Ich bin stolz, diesen Mann meinen Freund nennen zu dürfen, einen Mann mit Mut, Prinzi-

pien und Visionen.“ Über diese Männerfreundschaft und deren Folgen ist bislang wenig bekannt. Nicht nur die Agenda 2010, son-

Die Plünderer kommen

KKR, CERBERUS, LONE STAR-ein neuer Investorentyp aus den USA entdeckt die Finanzoase Deutschland

dern auch die Steuerreform 2000 (steuerfreie Erlöse aus Unternehmensverkäufen) gehen nicht zuletzt auf die stille, aber erfolgreiche Lobbyarbeit der US-Finanzbranche zurück.

Die Investoren suchen sich die Schmuckstücke heraus, um sie - von allen „unnötigen“ Kosten befreit - nach kurzer Zeit wieder zu verkaufen. Und das scheint zu gelingen. Investcorp erzielt eine „durchschnittliche Rendite von 25 Prozent“...

Die Finanzinvestoren dringen auch in Bereiche ein, die bisher staatlich reguliert sind. Das gilt für die schon genannte Abfallentsorgung Duales System Deutschland (DSD), aber auch für öffentliche und genossenschaftliche Immobilienunternehmen. ... Die Finanzinvestoren Cerberus und Whitehall erwarben die Berliner Wohnungsgesellschaft GWS mit 65 000 Wohnungen. Auch kleinere Bestände werden nicht verschmäht: Cerberus übernahm 2 600 Wohnungen der Degewo, Lone Star kaufte 5 500 Plattenbauten in Berlin. Solche Immobilien versprechen hohe Renditen. ... Auszehrung der vorhandenen produktiven und finanziellen Substanz in kurzer Frist - das ist das Geheimnis der Finanzinvestoren, die systematische Plünderung betreiben.

WERNER RÜGEMER
aus: Freitag 11.2.05